

Sitzungsniederschrift

33. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Raum 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 10.11.2015	Sitzungsbeginn: 15:05 Uhr	Sitzungsende: 17:05 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Thiele, Otto	SPD	
Mitglieder		
Agena, Garrelt	GRÜNE	
Akkermann, Hermann	SPD	
Albers, Angelika	GRÜNE	Vertretung für Frau Beate Jeromin-Oldewurtel
Dirksen, Dieter	CDU	
Gossel, Arnold	CDU	
Griesel, Sigrid	GFA	
Harms, Antje	SPD	
Harms, Erich	SPD	Vertretung für Herrn Bernd Hasbach
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	Vertretung für Herrn Jan Roß
Siebels, Wiard	SPD	
Weilage, Udo	CDU	
Verwaltung		
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Lienemann, Jördis		
Saathoff, Irene		Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung
Weber, Harm-Uwe		Landrat

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Hasbach, Bernd	SPD
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE
Strömer, Wilhelm	FW

Grundmandat

Roß, Jan	DIE LINKE.
----------	------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen vom 15.07.2015 und 15.09.2015
5. Einwohnerfragestunde
6. Vortrag von Herrn Oldigs, Europahaus Aurich
7. 3. Budgetbericht 2015
8. Antrag der GFA/FDP-Gruppe (Sachstandsbericht Jahresabschluss 2010, Terminplanung Jahresabschlüsse 2011 bis 2014, Gesellschafterdarlehen an die Trägergesellschaft Zentralklinik)
9. Antrag der Gnadenkirche Tidofeld auf Zahlung eines jährlichen Zuschusses
Vorlage: VIII/2015/219
10. Änderung der Richtlinie des Landkreises Aurich für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten vom 01.02.2007
Vorlage: VIII/2015/213
11. 1. Vorstellung des Haushaltsplanes 2016
12. Anfragen
13. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
14. Einwohnerfragestunde
15. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Thiele eröffnete um 15.05 Uhr die 33. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die anwesenden Vertreter der Presse und die Vertreter der Verwaltung.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Thiele stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Abgeordnete Griesel bat darum, die Bezeichnung des TOP 11 auf „ 1. Vorstellung des Haushaltsplanes 2016“ abzuändern.

Mit dieser Änderung wurde die Tagesordnung festgestellt.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen vom 15.07.2015 und 15.09.2015**

Die Niederschriften über die 31. und 32. Sitzung des Finanzausschusses vom 15.07.2015 und 15.09.2015 (gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Migration und Integration) wurden einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 **Vortrag von Herrn Oldigs, Europahaus Aurich**

Landrat Weber führte aus, dass im Haushaltsplan 2015 ein Zuschuss in Höhe von 13.000 € für die Defizitabdeckung des Jahres 2013 des Europahauses eingeplant sei (Ursprungsantrag zum Haushalt 2014). Dieser Betrag sei in der Zwischenzeit schon ausgezahlt worden. Aktuell liege ein Antrag für eine weitere Defizitabdeckung in Höhe von 25.000 € vor.

Herr Oldigs, Europahaus Aurich, erläuterte ausführlich die finanzielle Situation des Europahauses gem. der Anlage 1.



Das Europahaus habe kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem. Für das Jahr 2015 werde zurzeit von einem Defizit in Höhe von 70.000 € ausgegangen.

Die größte Position auf der Ausgabenseite würden die Personalausgaben darstellen. Beim Europahaus seien zurzeit 30 Personen beschäftigt, in der Summe würde dies 18 Vollzeitstellen ergeben. Es seien bereits Überlegungen bzgl. der Einführung eines Haustarifvertrages angestellt worden.

Die einmalige Einnahme in Höhe von 15.000 € habe das Europahaus von der Stadt Aurich erhalten. Zu berücksichtigen sei, dass von den Gästen des Europahauses ein Betrag in Höhe von ca. 120.000 € als Kaufkraft in Aurich verbleibe.

Herr Oldigs erläuterte, dass kürzlich auch ein Schreiben an die 164 Vereinsmitglieder versandt worden sei, in dem um Spenden gebeten worden sei. Er bat den Landkreis Aurich um Gewährung eines jährlichen Zuschusses in Höhe von 25.000 € für die nächsten drei Jahre.

Abgeordneter Harms fragte nach, ob die Einnahmen aus Vermietung aus der Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten erzielt würden.

Herr Oldigs antwortete, dass in Ausnahmefällen Räumlichkeiten an die Gewerkschaft und zu Studienzwecken an Personen, die über einen längeren Zeitraum (z.B. drei Monate) vor Ort seien, vermietet würden.

Abgeordnete Albers erkundigte sich, wie die langfristige Prognose des Europahauses aussehe und wollte wissen, welche Ideen zur Senkung des Defizites vorhanden seien.

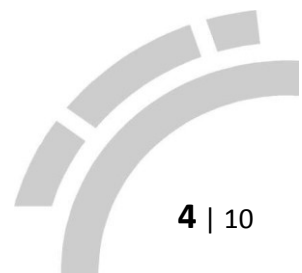
Herr Oldigs teilte mit, dass er nur eine Vorausschau für zwei Jahre vornehmen könne. Die Einnahmen seien in den letzten Jahren stetig erhöht worden und würden sich jetzt stabilisieren. Eine weitere Erhöhung der Einnahmen sei aufgrund der fehlenden Kapazitäten nicht möglich. Das Haus sei auch für 2016 fast komplett ausgebucht. Die Mitarbeiter/innen seien auch an den Wochenenden im Einsatz. Er wies darauf hin, dass es sich bei der politischen Bildung um eine öffentliche Daseinsfürsorge handele.

Es sei vorgesehen, die Personalausgaben gemeinsam mit der Belegschaft und dem Betriebsrat zu reduzieren.

Abgeordnete Griesel sagte, dass das Europahaus in den letzten Jahren eine tolle Entwicklung bei den Einnahmen hingelegt habe. Irgendwann sei jedoch das Maximum erreicht.

Sie führte aus, dass die Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule ein Verein sei, die Mitarbeiter jedoch nach den Tarifen des öffentlichen Dienstes bezahlt werden würden. Sie schlug vor, bei zukünftig einzustellendem Personal eine Veränderung vorzunehmen.

Herr Oldigs informierte, dass es bereits Überlegungen mit dem Betriebsrat und der Gewerkschaft Verdi zur Entwicklung eines Haustarifvertrages für das bestehende Personal gebe. Eine Umsetzung innerhalb des nächsten halben Jahres sei aber nicht realistisch.



Abgeordneter Siebels dankte Herrn Oldigs für den Vortrag. Die Arbeit des Europahauses werde von allen geschätzt. Auf der Einnahmenseite seien im Wesentlichen keine größeren Veränderungen möglich. Bei den Ausgaben sei auch von heute auf morgen kein Einsparpotenzial erkennbar.

Er erkundigte sich, in welcher Form ein Zuschuss gewährt werden müsse (einmalig/laufend), damit das Europahaus seine Arbeit in der bewährten Form fortsetzen könne. Seiner meiner Meinung nach, müsse eine „Brücke“ gebaut werden, um die Einnahmen und Ausgabe auf identischer Höhe zu bekommen.

Herr Oldigs erklärte, dass diese „Brücke“ für zwei bis drei Jahre von der Stadt und dem Landkreis Aurich gebaut werden könne. Hierbei handele es sich jedoch nicht um eine Langzeitprognose.

Abgeordneter Agena fragte nach, ob es Möglichkeiten gebe, andere Sponsoren zu bekommen und ob schon Überlegungen zum Verzicht auf Teile der Vergütung bei den Mitarbeiter/innen, ähnlich wie bei der Musikschule, angestellt worden seien.

Bei einer Zahlung an das Europahaus handele es sich um eine freiwillige Leistung des Landkreises. Bei über 90 freiwilligen Leistungen müsse zwingend geprüft werden, an welcher Stelle eingespart werden könne.

Herr Oldigs führte aus, dass es, wie bereits erwähnt, Überlegungen zur Einführung eines Haustarifvertrages gebe.

Abgeordnete Albers erkundigte sich, wann die die Finanzhilfe des Landes Niedersachsen auf einen festen Betrag festgeschrieben worden sei.

Herr Oldigs sagte, dass die Landesförderung seit 10 Jahren bei 321.000 € jährlich liege.

Abgeordneter Dirksen befürwortete, dass die Erläuterung der finanziellen Situation des Europahauses mit in die Fraktionsberatungen genommen und im Rahmen der Haushaltsberatung über einen Zuschuss entschieden werde.

Abgeordneter Harms hielt die Wiedereinrichtung der Landeszentrale für politische Bildung für sehr wichtig. Hierdurch seien positive Auswirkungen für das Europahaus Aurich zu erwarten.

Vorsitzender Thiele bedankte sich bei Herrn Oldigs für den interessanten Vortrag und stimmte der weiteren Beratungsfolge wie vom Abgeordneten Dirksen vorgeschlagen, zu.

Landrat Weber informierte, dass das Land 2015 noch Abschläge auf die 2016 zu zahlenden Aufnahmepauschalen für Flüchtlinge (Asylbewerber) in Höhe von insgesamt 250 Mio. € auszahlt, die gemäß den Vorschriften des Landes als Einzahlung im Finanzhaushalt 2015 und als Ertrag im Ergebnishaushalt 2016 gebucht werden müssen. Hierdurch könne der Landkreis Aurich den Stand der Liquiditätskredite reduzieren. Eine Verbesserung des Ergebnishaushaltes 2015 trete hierdurch aber nicht ein.

Abgeordneter Gossel fragte nach, warum die Aufwendungen bei dem Produkt 363-20 „Förderung der Erziehung in der Familie“ angestiegen seien.

Frau Saathoff berichtete, dass die Mehraufwendungen auf kostenintensive Eltern-Kind-Unterbringungen zurückzuführen seien. Unterbringungen von Eltern mit mehreren Kindern sowie Unterbringungen mit speziellem Betreuungsbedarf (psychisch kranke Mütter, substituierte Mütter) würden hohe Kosten verursachen.

Abgeordneter Agena erkundigte sich, warum die prognostizierte Erhöhung bei der Schülerbeförderung nicht eingetreten sei.

Landrat Weber sagte, dass als Ergebnis der strukturellen Veränderung im Sachgebiet Schülerbeförderung und dem Einsatz der dort tätigen Mitarbeiter Einsparungen erzielt werden konnten.

Abgeordnete Griesel meinte, dass die einkalkulierte Fahrpreissteigerung bei den Verkehrsunternehmen nicht eingetreten sei und aus diesem Grund die Aufwendungen für die Schülerbeförderung gesunken seien.

Abgeordneter Weilage fragte, ob es auch damit zusammen hängen könne, dass die Fahrstrecken überarbeitet worden seien.

Landrat Weber erläuterte, dass bei neuen Anträgen auf Einzelbeförderung Angebote von drei bis vier Taxiunternehmen eingeholt würden.

Frau Saathoff fasste zusammen, dass sich das Defizit im Haushaltsjahr 2015 von ursprünglich 6.500.200 € voraussichtlich auf 1.230.200 € verringern würde. Eine schwarze Null zum Jahresende zu erreichen, sei unwahrscheinlich.

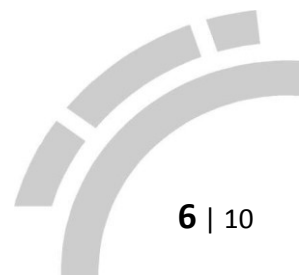
Der 3. Budgetbericht 2015 wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 8

Antrag der GFA/FDP-Gruppe (Sachstandsbericht Jahresabschluss 2010, Terminplanung Jahresabschlüsse 2011 bis 2014, Gesellschaftendarlehen an die Trägergesellschaft Zentralklinik)

Abgeordnete Griesel teilte mit, dass die Verwaltung sie in der Zwischenzeit gebeten habe, den Punkt *a) Sachstandsbericht über den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2010* in der Sitzung des Finanzausschusses am 14.12.2015 vorzustellen. Hiermit sei sie einverstanden.

Frau Hanekamp stellte die Terminplanung für die Vorlage der Jahresabschlüsse 2010 bis 2014 vor. Zurzeit werde der Rechenschaftsbericht 2010 erstellt. In der Sitzung des



Finanzausschusses am 14.12.2015 werde der Jahresabschluss 2010 voraussichtlich vorgestellt. Im Anschluss daran werde die Prüfung des Jahresabschlusses durch das Rechnungsprüfungsamt erfolgen, sodass voraussichtlich in der Sitzung des Kreistages am 17.03.2016 die Beschlussfassung zum Jahresabschluss 2010 erfolgen könne.

Bei der Erstellung der Jahresabschlüsse 2011 und 2012 müsse berücksichtigt werden, dass Mitte 2016 eine Systemumstellung bei dem Haushaltsprogramm anstehe und zu Verzögerungen bei den Jahresabschlussarbeiten führen werde. Außerdem müsse ab 2012 erstmalig zusätzlich der Gesamtabschluss erstellt werden. Es sei geplant, die Jahresabschlüsse 2011 und 2012 im nächsten Jahr fertig zu stellen. Nach der Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes könne im Frühjahr / Sommer 2017 dann die Beschlussfassung erfolgen.

Die Jahresabschlüsse einschl. Gesamtabschlüsse 2013 und 2014 würden voraussichtlich im Jahr 2017 erstellt werden. Hier erfolge die Beschlussfassung aller Voraussicht nach dann im Frühjahr / Sommer 2018.

Abgeordnete Griesel erläuterte den Antrag der GFA/FDP-Gruppe bzgl. des Gesellschafterdarlehens an die Trägergesellschaft Zentralklinikum. Fraglich sei, warum das Instrument der Haushaltsüberschreitung (außerplanmäßige Ausgabe) nicht genutzt und die Trägergesellschaft nicht mit Kapital ausgestattet worden sei.

Landrat Weber führte aus, dass er mit dem Ersten Stadtrat der Stadt Emden, Herrn Jahnke, vereinbart habe, dass bzgl. der finanziellen Ausstattung der Trägergesellschaft eine Abstimmung mit Frau Saathoff vorgenommen werden solle. Frau Saathoff und Herr Jahnke hätten sich für die Gewährung eines Gesellschafterdarlehens als Liquiditätskredit ausgesprochen. Die Kommunalaufsicht sei eingebunden worden und habe der Verfahrensweise auch zugestimmt.

Nachdem aus der Politik Kritik wegen der Höhe des Darlehens von 1 Mio. € entstanden sei, habe man sich auf die voraussichtlich in diesem Jahr benötigte Summe von rd. 200.000 € verständigen können. Die zusätzliche Bereitstellung von weiteren Kreditmitteln werde ausführlich begründet, erforderlich sei weiterhin die Summe von 1 Mio. €.

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Emden habe gestern beschlossen, ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von bis zu 1 Mio. € an die Trägergesellschaft Zentralklinikum zu gewähren, jedoch 2015 mit der identischen Tranche wie der Landkreis Aurich (bis zu 200.000 €) und darüber hinaus nach Mittelbedarf und gleich hoher Zahlung durch den Landkreis Aurich.

Frau Saathoff sagte, dass es in der Gründungsphase einer Gesellschaft gängig sei, dass zunächst Liquidität bereitgestellt werde. Im Haushaltsplan 2016 müssten die Mittel entsprechend eingeplant werden, falls man sich für eine Kapitalerhöhung entscheiden würde.

Abgeordnete Griesel monierte erneut, dass die Möglichkeit der außerplanmäßigen Ausgabe nicht genutzt worden sei. Der Kreistag werde verpflichtet, den Betrag im Haushaltsplan 2016 einzustellen. Ihr leuchte es nicht ein, warum die Verwaltung es sich so schwierig mache. Außerdem müsse berücksichtigt werden, dass ein Großteil der Mittel bereits förderfähig sei.

TOP 9 **Antrag der Gnadenkirche Tidofeld auf Zahlung eines jährlichen Zuschusses**
Vorlage: VIII/2015/219

Landrat Weber führte zur Beschlussvorlage aus. Durch Rückgriff auf besondere Finanzierungsmöglichkeiten sei es der Gnadenkirche Tidofeld in der Vergangenheit gelungen, die Stelle des Geschäftsführers zeitlich begrenzt zu 100 Prozent zu finanzieren. Die wesentlichen Kosten würden auch weiterhin von der Hannoverschen Landeskirche übernommen werden. Er hob die Tätigkeit der Gnadenkirche positiv hervor und erläuterte, dass es eine derartige Einrichtung landesweit nicht gebe. Die Gnadenkirche sei auch als außerschulischer Lernort tätig. Heute müsse nicht zwingend eine abschließende Entscheidung getroffen werden.

Abgeordnete Griesel schlug vor, den Beschluss für die Zuschussgewährung nicht für einen Zeitraum von drei Jahren, sondern für die einzelnen Jahre zu fassen.

Landrat Weber antwortete, dass es um eine Planungssicherheit für das Personal gehe, der Beschluss aber für die einzelnen Jahre gefasst werden könne.

Abgeordneter Agena verwies auf das Thema mit den freiwilligen Aufgaben und schlug erneut vor, eine Kürzung in Höhe von 10 % bei den freiwilligen Aufgaben vorzunehmen. Wenn es so weiter gehe, enthalte die Liste mit den freiwilligen Aufgaben in zehn Jahren nicht nur 90, sondern 180 Positionen. Er schlug vor, eine Art Budgetierung bei den freiwilligen Aufgaben einzusetzen.

Abgeordneter Siebels machte den Vorschlag, evtl. eine jährliche Bezuschussung vorzunehmen. Seiner Auffassung nach, werde es bei den freiwilligen Aufgaben keinen richtigen Weg geben. Der Antrag der Gnadenkirche Tidofeld solle zur Beratung in die Fraktionen verwiesen werden.

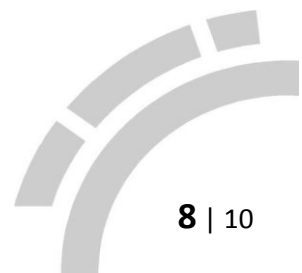
Abgeordneter Gossel meinte, dass es sich mit Sicherheit um eine gute Einrichtung handle, der Antrag aber in den Fraktionen beraten werden solle.

Abgeordneter Agena merkte an, dass es sich immer wieder um Einzelfallentscheidungen handle. Meistens würden diese Entscheidungen jedoch positiv ausfallen. Er befürchtete, dass zur Haushaltsberatung weitere Anträge (z.B. EIBO) vorliegen könnten. Es müsse gesagt werden, woher das Geld genommen werden solle. Auch er sprach sich für eine Beratung in den Fraktionen aus.

Abgeordnete Griesel sagte, dass zunächst der Jahresabschluss 2010 abgewartet werden solle und der Antrag der Gnadenkirche im Zusammenhang mit der Haushaltsberatung 2016 erneut im Finanzausschuss beraten werden solle. Es sollte auf keinen Fall eine schnelle Beratung im Kreisausschuss erfolgen.

Abgeordneter Harms schlug eine finanzielle Beteiligung der Stadt Norden vor.

Landrat Weber wird der Gnadenkirche vorschlagen, einen entsprechenden Antrag an die Stadt Norden zu richten.



Abgeordneter Siebels schlug vor, auch anderen Institutionen die Möglichkeit der Vorstellung ihrer Arbeit im Ausschuss zu ermöglichen. Er habe dabei den Verein EIBO (Verein zur Entwicklung, Information und Bildung junger Menschen in Ostfriesland e.V.) im Blick, der sich insbesondere für die berufliche Integration von jungen Menschen einsetze.

Die Beschlussvorlage wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen. Eine Entscheidung soll im Rahmen der Haushaltsberatungen 2016 getroffen werden.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 10 **Änderung der Richtlinie des Landkreises Aurich für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten vom 01.02.2007**
Vorlage: VIII/2015/213

Frau Saathoff erläuterte kurz die Beschlussvorlage.

Die der Beschlussvorlage Nr. VIII/2015/213 als Anlage beigefügte 1. Änderung der Richtlinie des Landkreises Aurich vom 01.02.2007 für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 11 **1. Vorstellung des Haushaltsplanes 2016**

Frau Saathoff erläuterte die wesentlichen Veränderungen des Investitionsplanes 2016 gemäß der Anlagen 3 und 4. Die investiven Haushaltsansätze des Amtes 66 werde die Amtsleiterin Frau Rieger in einer der nächsten Sitzungen des Finanzausschusses vorstellen.

Die gegebenenfalls zu leistende weitere Einlage in die Trägergesellschaft des Zentralklinikums sei in der Investitionsliste noch nicht enthalten.

Die Mittel des KIP-Programms (Niedersächsisches Kommunalinvestitionsförderungsgesetz) würden für die energetische Sanierung der BBS Aurich eingesetzt werden.

Im Zusammenhang mit der Erläuterung des KIP-Programms wies **Landrat Weber** darauf hin, dass die Mittel bis spätestens Ende 2018 abgerufen werden müssen. Zurzeit finde eine Abstimmung mit den Gemeinden statt, einen Teil dieser Mittel evtl. für die Verbesserung der Breitbandversorgung zu verwenden.

Frau Saathoff informierte weiter, dass für die Sitzung des Finanzausschusses am 14.12.2015 die Vorstellung des Jahresabschlusses 2010 geplant sei. Evtl. verbleibe dann keine Zeit mehr für die Haushaltsberatung 2016. Aus diesem Grund würden voraussichtlich im Januar und Februar 2016 vermehrt Sitzungen zur Haushaltsberatung stattfinden, um in der Sitzung des Kreistages am 17.03.2016 den Haushalt beschließen zu können.

TOP 12 **Anfragen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 13 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 14 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 15 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Thiele schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 17.05 Uhr.

gez. Thiele
Vorsitzender

gez. Hanekamp
Protokollführerin